

„Berliner Tageblatt“
erhalten nicht nur als ein Mittel zur Belebung der öffentlichen Meinung, sondern auch als ein Mittel zur Förderung der Wissenschaften und Künste. Das „Berliner Tageblatt“ ist ein Blatt für die deutsche Nation, das die Interessen der Nation in allen ihren Beziehungen wahrnimmt und vertritt. Es ist ein Blatt für die deutsche Nation, das die Interessen der Nation in allen ihren Beziehungen wahrnimmt und vertritt.



Abonnements-Preis
Für die Vereinigten Staaten und die Westindien-Inseln: 50 Pf. pro Quartal (für Berlin 60 Pf.).
Für die übrigen Länder: 60 Pf. pro Quartal (für Berlin 70 Pf.).
Einzelhefte: 2 Pf. 50 H.

Zerzärtelt.

Nummer 422. Berlin, Sonntag, den 21. August 1893. XXVII. Jahrgang.

Für den Monat September

werden bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches Abonnements auf das
„Berliner Tageblatt“ und Handels-Zeitung
mit 10 Pf. Verrechnungsliste nach unten. Die Abonnementpreise sind für den Monat September 1893: Berlin 1 Mk. 75 Pf., für die übrigen Länder 2 Mk. 25 Pf. (für Berlin 3 Mk. 25 Pf.).

Im Roman-Beiblatt wird der fesselnde Roman
„Getrennt“ von A. von Liliencron
erschienen.

Eugen Wolf

zur Zeit in Genua, hat uns noch einige interessante Reise-Eindrücke aus Ostafrika zugelegt.

Politische Wogenzahn.

3. B. von
Heinrich Nicolai.

Seitdem wir vor acht Tagen einen Artikel über die Landtagswahl in Preußen veröffentlichten, hat sich in den Kreisen der verschiedenen Parteien eine lebhaftere Diskussion über dieses Thema entpinnen. Das ist ein Zeichen der Lebendigkeit der Partei und die Freude, welche die Parteimitglieder empfinden. Man ist sich wohl in den Kreisen der verschiedenen Parteien einig, dass die Landtagswahl eine wichtige Angelegenheit ist, die die Interessen der Nation in allen ihren Beziehungen wahrnimmt und vertritt.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der im Oktober vorigen Jahres in Hamburg stattfand, wurde eine Resolution angenommen, die die Verhängung von Strafen nach dem Landtag wolle. Diese Resolution ist ein Zeichen der Lebendigkeit der Partei und die Freude, welche die Parteimitglieder empfinden.

ihrem im vorigen Jahre erlassenen Parteiprogramm noch einmal zu erinnern, damit der Zweck derselben, Schwächung der Reaktion, auch wirklich erreicht werde.
Über es wäre eine nicht verzeihliche Schwäche des Bürgerthums, wenn es sich auf den Cultus, den ihm die Sozialdemokratie leihen will, verlassen wollte. Es ist nicht zu verkennen, dass die Öffentlichkeit, welche die Regierungen im Verein mit den Nationen von den Gerichtsverhandlungen immer mehr fern halten, bei den Wahlen aber immer weiter einfließen möchte, mancherlei Nachtheile für große Kategorien von gewissen Geschäftskreisen im Gefolge haben kann. Über diese Staatsbürger sollten bedenken, dass wenn sie aus Scheu vor den Folgen der öffentlichen Abstimmung den Kampf gegen die Junker nicht durchziehen, die Letzteren immer weitere Kräfte gerade dem Bürgerthum aufzulegen werden.

Die Macht der preussischen Junker nicht gebrochen ist und ihr unheilvoller Einfluss in der Gesetzgebung nicht verringert wird, werden wir in Deutschland nicht in der Geringkeit kommen, von der Kaiser Wilhelm in Mainz gesprochen hat. Der Monarch wünscht zur Aufrechterhaltung unserer Ansehens bei unseren Nachbarn die Einigkeit und die Mitwirkung aller deutschen Stämme, ja jedes Einzelnen. Diese Worte des Kaisers, welche allen Patrioten aus dem Herzen gesprochen sind, sollte nicht am letzten Tage der Regierung beschnitten, Einigkeit und einmütiges Zusammenwirken aller Bürger kann nur da stattfinden, wo nicht einzelne Interessengruppen oder Klassen auf Kosten aller übrigen Staatsbürger bevorzugt werden. Denn die dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit ist der größte Feind der Einigkeit. Das deutsche Bürgerthum kann an seinem Theil davon, dass die Worte des Kaisers zur Wahrheit werden, beitragen, wenn es den Kampf gegen die Junker, die jetzt die Einigkeit in Deutschland führen, bei den nächsten Wahlen mit aller Energie aufnimmt.

Wie die Kaiser-Worte des Kaisers namentlich auch wegen der darin enthaltenen erneuten Friedensverpflichtungen überall Beachtung finden wird, so hat die Partei, welche der Monarch nach Jerusalem an unternehmer will, schon lange vorher den Gegenstand ausgiebiger Diskussionen gehabt. Im Frankreich, das aber die katholischen Christen im Orient das Protektorat ausübt, wurde die Absicht des Kaisers, eine evangelische Kirche in Jerusalem einzurichten, mit Heftigkeit aufgenommen, und in der Presse verschiedene katholische Äußerungen fanden sich Artikel, welche dieses Mikrotium auch bei unseren Freunden weiter zu verbreiten suchten. Bekanntlich haben sich unter anderen sogar österreichische Blätter dazu geäußert, in diesen Chorus einzuschlagen. In unserer Gemüthsart weisen indes auch die ultramontanen Blätter Deutschlands alle jene Insinuationen zurück, und in dem angeführten Sinne anderer Katholiken wird sogar offen ausgesprochen, daß wenn die Kaiser-Worte des Kaisers einen protestantischen Charakter tragen werde, dies auf das Konto der von Frankreich inspirirten Hetzorgane zu setzen sei.

Der Beweis dafür, wie schwer man sich in manchen Kreisen mit der fortschreitenden Entwicklung des deutschen Reiches befremden kann, liegt in den feineren Vermuthungen, die ganz falsch ausgestellt sind, aber von kindigen Politikern doch bald durchschaut werden. In diese Kategorie gehören Nachrichten wie die, daß Kaiser Wilhelm dem Zaren einen Besuch abzusuchen gedente, die nur zu dem Zweck in die Welt gesetzt wurde, damit man sie hinterher, wenn diese Annäherungen nicht eingetroffen sind, gegen Deutschland ausnutzen kann. Dahin gehören auch die fortgesetzten, meist aus England stammenden Meldungen über ein feindseliges oder mindestens wenig freundliches Verhalten Deutschlands gegenüber dem Vereinigten Staaten, welche sogar schon zu Demonstrationen anläßlich der Kaiser-Worte in einem Zeitungspublicum, dem man eingezureden sucht, daß Deutschland in Ferne daran dächte, in dem Streite zwischen dem aufsteigenden Ruß und dem sinkenden Spanien und den sich den Fortschritten der Kultur nicht verschließenden Vereinigten Staaten für das erste Land Partei zu ergreifen, scheint wenig Heilsfertigkeit zu erwecken.

Es ist aus dem Wahlmanöver von Washington ein definitiver Friedensvertrag wird, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Die Situation, wie sie am 12. August beim Abbruch der Wahlmanöver bestand, ist wesentlich verschoben worden durch die am Tage darauf erfolgte Ernennung von Anas durch die Amerikaner. Zunächst besteht die Gefahr in Amerika die Stimmen, welche eine Zurückbehaltung auch der Philippinen fordern. Ueberhaupt dürfte es in der Pariser Konferenz zu hartnäckigen Kämpfen zwischen den Vereinigten Staaten und den Spaniern kommen, welches aus den allgemeinen Zusammenhängen seiner Kolonialverhältnisse nach zu erwarten ist. Die Amerikaner werden sich nicht ablassen, die Philippinen fallen werden, die aber das Geschick dieser asiatischen Inselgruppe entscheiden, das steht schon jetzt fest, daß die Vereinigten Staaten durch den Gewinn von Porto Rico, die Angleichung von Ruß und eventuell der Philippinen neben den mannigfachen Vortheilen auf wirtschaftlichem Gebiete an ihrem Reichthum politischer Natur überwiegen werden. Die Differenzen, welche bereits zwischen den Russen und den Amerikanern über die Erscheinung traten, sind Anzeichen dafür, daß die Kämpfe,

welche Spanien bisher so viel Opfer an Truppen und Geld gekostet haben, in Zukunft von den Vereinigten Staaten zu führen sein werden. So ist denn in Amerika auch schon der Plan aufgetaucht, neben der gewaltsamen Verdrängung der Flotte noch eine Verdrängung des Landheeres anzutreten zu lassen. Für die Vereinigten Staaten bedeutet der im Handbuche von ihnen genommene Krieg ein Wendepunkt ihrer Politik, dem aus ihrer bisherigen Geschichte nichts an die Seite zu stellen ist. Amerika, welches auf seine kriegerischen Erfolge stolz ist, sieht sich als Eroberer in die Welt zu treten, und es geht bereits in manchen Kreisen den Ruf nach aufgebende Verdrängung. Sollte die Union wirklich, wie manche Politiker wünschen, daselbst mit England Hand in Hand gegen das Vordringen Rußlands Front machen, so werden die Amerikaner bald genug an eigenen Leide erfahren, daß die Wohlthatstellung viele Sorgen und Kosten mit sich bringt, und Manche werden vielleicht die Zeit wieder herbeisehen, wo sich die Vereinigten Staaten in jenem Zustand der „splendid isolation“ befanden, den die Engländer so gern für sich in Anspruch nehmen. Bereits verlautet, daß Rußland auch auf den Philippinen eine Kolonisation zu erwerben wünsche. Und so freiten sich denn um diese Inselgruppe bereits die Spanier, die allen Befehl, die Amerikaner, die sich bereits als die mächtigsten Mächte fühlen und die Russen, deren Expansionskraft einen überaus hohen Grad annimmt. Schon verlautet, daß das Aereich sich ebenfalls am Nothen Meer einen Hafen zu sichern sucht, eine Nachricht, die man in England mit denselben Besorgnissen aufnehmen wird wie die Mittheilungen über die Fortschritte, die Rußland in China auf Kosten Großbritanniens macht.

Während es vor einiger Zeit hieß, daß das Aereich wegen der Wichtigkeit der ostasiatischen Fragen die Angelegenheiten der Balkanhalbinsel ganz nebensächlich behandle, scheint man auch dort im Stillen sehr thätig gewesen zu sein. Montenegro und Bulgarien sollen ein Bündnis geschlossen haben, welches sich ebenfalls nicht gegen Rußland richtet, auch wenn man nicht, wie es jetzt allgemein angenommen wird, die österreichisch-ungarischen Staatsmänner mit Sorge zu erfüllen, und das um so mehr, als ihre Thätigkeit ohnehin genügend durch die inneren Verhältnisse der Donauanarchie in Anspruch genommen wird. Die Ausarbeitung von Bündnissen, die in sich unter Mitwirkung des Kaiser-Königs Franz-Joseph stattfinden, scheinen bereits einen direkten Bezug zwischen Oesterreich und Ungarn herbeiführen zu sollen. Zu einem solchen hat es der große Herrscher, welcher in diesem Jahre sein 50jähriges Regierungsjubiläum feiern wird, denn doch nicht kommen lassen. Und es sollen man einladen könnte, um aus dem Wirbel herauszukommen. Offenlich werden die ungarischen Staatsmänner, welche ihrem Könige eine immer wachsenden Einfluss in der Donauanarchie zu verschaffen gewacht haben, sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß Maßhalten in den Verhandlungen gegenüber der anderen Reichthümer in eigener Unterwerfung liegt. Denn jede Lösung des schwebenden Interesses, bei der Oesterreich geschwächt würde, müßte auch die Bedeutung des Gesamtstaates, der bisher ein nicht zu unterschätzender Faktor im Konnex der Großmächte war, beträchtlich herabmindern. Und was Ungarn vielleicht auf wirtschaftlichem Gebiete Oesterreich abgewinnen sollte, würde es in politischer Beziehung wieder einbüßen. Obgleich Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten durchaus nicht einzumischen pflegt, muß es doch den Wunsch hegen, daß ein Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn gefunden werde, der für beide Theile und somit auch für das Ganze erwünscht ist.

Im Herbst dieses Jahres steht unsere Marine das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Lieber den Tag der Gründung herrschen verschiedene Meinungen. Die Angaben schwanken zwischen September und November. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der 9. November 1843 der Geburtstag der deutschen Flotte ist. Nachdem nämlich durch das Kabinetsordre vom 24. Oktober 1843 genehmigt war, daß die von dem Staatsministerium entwickelten Grundzüge über die Schaffung einer Seemacht zur Vertheidigung der preussischen Rüste zur Durchführung kommen sollten, wurde am 9. November 1843 eine Anzahl Kriegsschiffe zu Grube und der Reichsflotte des inzwischen geschaffenen Flottenmaterials zum ersten Male unter der preussischen Flagge vereinigt. Es war der damalige Navigationsdirektor Schöder, der vier Kanonenschaluppen und vier Kanonenjollen in Greifswalder Bodden zu einem Lebningsgeschwader zusammenzog und die preussische Flotte schiffte. Wenn neuerdings bekannt, daß die Jubiläumfeier im September stattfinden werde, ist es von Interesse, zu erfahren, inwiefern dieser Zeitpunkt als Gründungstag historisch begründet ist. Bisher ist ein offizieller Tag noch nicht festgelegt.

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Botschaft“ Nr. 34.